

verwehrt. Denn bei landwirtschaftlichen Haupterzeugnissen lagern in den Ländern der EG Agrarüberschüsse im Wert von etwa 25 Milliarden DM. Es handelt sich dabei um Butter, Magermilchpulver, Rindfleisch, Weich- und Hartweizen, Gerste, Roggen, Zucker, Olivenöl und Wein. Die von den Bauern in den letzten Jahren erreichte Produktionssteigerung ist im Imperialismus zum Hemmnis geworden. Nahrungsmittel werden vernichtet. So wird beispielsweise überla-

„Freiwillige“ Aufgabe der Höfe als Perspektive

Durch die Regierung der BRD und die EG-Kommission in Brüssel wurden Maßnahmen festgelegt, um die landwirtschaftliche Produktion zu drosseln. Eine Möglichkeit wird darin gesehen, die Bauern zu bewegen, „freiwillig“ ihre Höfe aufzugeben. In einem sogenannten Marktentlastungsprogramm sollen dafür Stilllegungsprämien gezahlt, das Anlegen von Grünbrache unterstützt, sowie das vorzeitige Berenten der Bauern erwogen werden. Das alles geht einher mit den verschiedensten Formen der Produktionskontingentierung und des Preisdrucks. Es wird von einer „Neuorientierung der Agrarpolitik“ gesprochen. Sie ist jedoch nichts anderes als ein vom Staat inszenierter Angriff der Monopole auf die Existenz der Kleinbauern.

Nehmen wir zum Beispiel die „Milchrente“. Mit ihrer Hilfe soll die Milchproduktion künstlich gedrosselt werden. Den Bauernwirtschaften mit Beständen bis zu 10 Milchkühen wird nahegelegt, ihre Milchproduktion einzustellen. Sind sie bereit, in den nächsten 10 Jahren keine Milch mehr zu produzieren, dann bekommen sie als Ausgleich dafür eine Milchrente. Sie beträgt bis zu 700 DM je 1000 Liter nicht gelieferter Milch. Diese Rente bedeutet für die kleinen Abmelkbetriebe, die Hof-tore zu schließen, denn sie können sich schwerlich auf eine

andere Produktion umstellen. So wird das moderne Bauernlegen angekurbelt oder, wie es im Sprachgebrauch imperialistischer Manipulation heißt, der „Strukturwandel“ verstärkt. Eine ähnliche Wirkung wird mit der „Vorruhestandsregelung“ bezweckt. Sie erlaubt, Bauern, die über 55 Jahre alt und ohne Hofnachfolger sind, vorzeitig zu berenten, wenn sie ihren Betrieb stilllegen. 'Bis 1990 sollen nach den Plänen der „Marktentlasten“ der BRD-Regierung etwa 60 000 Bauern ihre Produktion einstellen. Mittels des Programms „Grünbrache“ wird in Niedersachsen mit einem Kostenaufwand von 120 Millionen DM eine Flächenstilllegung von 7 Prozent der bisher bewirtschafteten Ackerfläche angestrebt. Auch hierdurch soll die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiter reduziert werden. Zusätzlich zur Konkurrenz, zum Wolfsgesetz des Kapitalismus, daß dem Schwächeren durch den Stärkeren der Garaus gemacht wird, zielen diese Maßnahmen darauf ab, die kleinen Bauernwirtschaften zu liquidieren. Den Nutzen daraus ziehen die kapitalistischen Betriebe, die Agrarfabriken und Großgrundbesitzer, die die Produktionsanteile der ruinierten Bauern übernehmen.

Für den Klein- und Mittelbauern in der BRD ist die Perspektive

graue, ja geradezu düster. Er räkelt sich ab, kommt aber auf keinen grünen Zweig. „Wachsen oder Weichen“ lautet die Devise im Kapitalismus. Das Wachsen ist den Agrarkapitalisten zuge-dacht. Das Weichen gilt für die Masse der werktätigen Bauern. Nicht aus eigener Schuld, wie manche Gesundheitsbeter der „freien Marktwirtschaft“ glauben machen wollen, sondern im Ergebnis der bauernfeindlichen Agrarpolitik der Bonner Regierung und der EG wird ihre Lage immer auswegloser.

In Niedersachsen, bekannt für seinen fleißigen, leistungsstarken Bauernstand, ist jede zweite Wirtschaft (von derzeit 110 000 Betrieben) existenzbedroht. In seinem Buch mit dem bezeichnenden Titel und grünbleibt unsere Zukunft“ gesteht der BRD-Landwirtschaftsminister Kiechle ein, daß „bis 1990 mit einem jährlichen Rückgang der Betriebe um 2 bis 2,5 Prozent auf 630 000 zu rechnen ist.“ Das bedeutet, daß weitere nahezu 100 000 Bauern ihre Hof-tore schließen müssen. Daß angesichts dieser Lage die Landjugend kein Interesse zeigt, das elterliche Erbe zu übernehmen, läßt sich nur zu gut verstehen. Die Deutsche Kommunistische Partei hat das Marktentlastungsprogramm der BRD-Regierung als „Sterbehilfe aus Bonn“ gekennzeichnet. Sie fordert den staatlichen Schutz und die gezielte Hilfe, um die Lage der werktätigen Bauern zu verbessern. In einem Flugblatt hat die Partei Alternativen zur Bonner Agrarpolitik aufgezeigt. Unter anderem tritt sie für einen Einkommensausgleich der schuldlos in Not geratenen Bauern und Winzer ein. Die Mittel dafür, so schlägt sie vor, sind dem Rüstungsetat zu entnehmen.

Prof. Dr. Amandus Siebert
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR

1 „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft“ in Lenin, Werke Band 4, Seite 150